

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Adresse: Hannover 276 18
Eigentümer: O. H. 241 71

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig
Einzelheftpreis: Die Redaktionspreise sind in der Regel 100 Goldpfennig



Verantwortlich für den Inhalt: Felix Rumberg, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Wilmshanser Straße 38 42

Telefon-Nummern: 88, 89, 98
Telegraphisch: Hiltzberg Bochum

Durch das düstre Land der Kohle
Geht der Kampf auf zur Wahl!
Auf zur Wahl nach der Parole:
Nieder mit dem Kapital!
Nieder mit den Egoisten,
Mit dem raffenden Gesocks,
Mit den Hass- und Säbelchristen
Des gesamten Ordnungsblocks!

Soll das Kapital diktieren
Nach dem Grundsatz: Dein ist mein?
Soll das Junkertum regieren?
Soll der Schleher Herrscher sein?
Soll die Nahrung sich verteuern,
Schuhwerk, Kleidung, Wohnungszins?
Drücken soll sich vor den Steuern
Die Hyäne des Gewinns?

Auf zur Wahl

Soll der Werkmann Hunger leiden,
Wenn er hämmert, baut und gräbt?
Soll er sich mit Lampen kleiden,
Wenn er feinste Tuche webt?
Soll sein Weib, sein Kind sich härmern,
Betteln um ein Stückchen Brot,
Sich am kalten Ofen wärmen,
Kochen mit dem Salz der Not?

am 4. Mai!

Nein, denn nur in euren Händen
Liegt das Schicksal eurer Zeit!
Leid wird sich zur Freude wenden,
Wenn ihr alle einig seid,
Wenn die Zagen und die Lauen
Siegeszuversicht beseit,
Wenn ihr alle, Männer, Frauen,
Eure wahren Freunde wählt!

Ueber unsern dunklen Tagen
Hängt ein Stern so rot wie Blut.
Allen, die sich fronend plagten,
Leuchtet seine rote Glut.
In die Wirrsal unsrer Zeiten
Glüht sein flammendrotes Licht,
Siegend wird er euch geleiten
Zum gerechten Volksgericht!

Victor Kallnowski

Der neue Reparationsplan.

Um einen neuen, in sich geschlossenen Reparationsplan handelt es sich bei dem Gutachten der Sachverständigen an die Reparationskommission, von dem wir hoffen, daß er endlich, endlich zu einem wirklichen Abschluß dieser Frage führt.

In der Konferenz in Genua sprach Walter Rathenau am 19. Mai 1922 einige in den Beratungen „unausgesprochene Wahrheiten“ aus, die erst nach und nach von der Welt begriffen wurden. Er sagte:

„Die gesamte Verschuldung der Länder ist zu groß im Verhältnis zu ihrer Produktionskraft.

Rein Gläubiger darf seine Schuldner am Zahlen hindern. Die Weltwirtschaft kann erst dann wiederhergestellt werden, wenn ein imponderabler Wert wiedergewonnen ist, nämlich das wechselseitige Vertrauen. Dies Vertrauen kann aber nur wiederkehren, wenn die Welt im wahren Frieden lebt.

Nur durch das Zusammenwirken aller kann den ökonomischen und Weltproblemen neue Bewegung ausgeführt werden.

Das Opfer besteht in der gemeinsamen Aufbringung großer neuer Mittel für den Wiederaufbau, sei es auf dem Wege allgemeiner und wechselseitiger Kredit, sei es auf anderen Wegen.“

Jede dieser unausgesprochenen Wahrheiten beleuchtete Rathenau in jener Rede in seiner unübertrefflichen meisterhaften Art. Es hat noch lange gedauert, bis die Welt diese unausgesprochenen Wahrheiten begriffen hat. Durch ein Meer von Kränzen, durch unbeschreibliches Elend wandelten Millionen, ehe die Vernunft sich langsam Bahn brach und zu dem Ergebnis führte, daß nun, noch nicht endgültig gesichert, in dem Sachverständigengutachten vor uns liegt.

Die Unerfüllbarkeit des Londoner Zahlungssplanes wurde von der Welt erkannt, er wird deshalb nicht in Einzelheiten korrigiert, sondern durch ein neues System ersetzt, das zwar für Deutschland schwere Lasten bringt, über deren Tragmöglichkeit wir noch große Bedenken haben müssen, das aber die Vorbedingungen erfüllt, die Deutschland fordern mußte. Voraussetzung für deutsche Zahlungsmöglichkeit ist deutsche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Diese wurde seit Jahren durch Gewinnstreben, Kredit- und Inflationsverdienste im eigenen Lande, entschieden aber durch die französisch-belgische Prestionspolitik unmöglich gemacht. Weil das Gutachten diese Voraussetzung einstellt, stellt es als Grundbedingung auf:

„Die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Deutschen Reiches muß wiederhergestellt werden.

Die Stabilität der deutschen Währung muß gesichert bleiben.“

Alle Einzelheiten werden diesen Grundfragen untergeordnet und damit ist für Deutschland die Möglichkeit gegeben, das Gutachten anzunehmen. Das vorher schon Amtspersonen sich sehr abfällig über das Gutachten äußerten, war nicht Flug, unangenehm übertrifft ist man auch, gerade vom Reichsbankdirektor Schacht Forderungen zu hören, wie: „Räumung des Ruhrgebietes vom letzten Soldaten“. Die Berechtigung dieser Forderung unterliegt keinem Zweifel, die ultimative Forderung in diesen kritischen Tagen war mindestens überflüssig.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches bedingt Aufhebung der Zollgrenze, Wiederherstellung der deutschen Zoll-, Steuer- und Währungshoheit im besetzten Gebiet, Aufhebung der Regiebahnenverwaltung, Fortfall der Ricumverträge, Rückgabe der Regiezechen. Das erkennt der Bericht an, wenn er sagt:

„Der Kredit Deutschlands, der die Grundlage seiner Zahlungsfähigkeit bildet, kann nicht wiederhergestellt werden, solange der letzte Zustand im Ruhr- und Rheingebiet fortbauert.“

Trotzdem die Reparationskommission den Plan angenommen hat, hören die französischen Wirtelzüge, hört die Interpretationskunst Poincaré nicht auf, das Werk zu gefährden. Sollte es wiederum zerfallen werden, so kann kein Mensch das kommende Chaos absehen. Deshalb ist zu hoffen, daß der Plan nicht zerfällt, damit endlich die Welt Frieden bekommt und unter Volk und Unbedrückte vom Fremdenzwang arbeiten kann. Wenn die Arbeiterchaft Deutschlands die fremde Bedrückung los ist, mit der im eigenen Lande wird sie dann auch fertig werden.

Für die Arbeitnehmerschaft ist von besonderem Interesse die Feststellung im Bericht der Sachverständigen, daß sie bestrebt gemessen seien, die Lasten so zu gestalten, daß dadurch die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter das Niveau der Lebenshaltung in den alliierten und seinen europäischen Nachbarn herabgedrückt wird.

Ob die Lasten diese Bedingung zu erfüllen gestalten, ist eine Frage der Gestaltung im Einzelnen und nicht zuerst eine Frage der wirtschaftlichen und politischen Kräfteverteilung in Deutschland.

Läßt sich der deutsche Arbeiter weiterhin, wie bisher, seine Organisationen von Phantasten zerstückeln, zerplittern und lähmen, wählt das deutsche Volk am 4. Mai einen reaktionären Reichstag, dann darf es sich nicht beklagen, wenn es bei der Lastenverteilung in Deutschland am schlechtesten wegkommt!

Ein lebhafter Wunsch der deutschen Industriemagnaten wird durch den Bericht seiner Verwirklichung entgegengeführt: Die Privatisierung der deutschen Eisenbahnen. Die Reichsbahn soll als Grundpfeiler für die Reparationszahlungen dienen. Der Generaldirektor soll ein Deutscher sein, ebenso der Vorsitzende des Verwaltungsrats, von 18 Mitglieedern des Verwaltungsrats sollen nur vier Ausländer sein. Das Aktienkapital soll 15 Milliarden Goldmark betragen, 13 Milliarden Stammaktien und 2 Milliarden Vorzugsaktien sollen dem Reich gehören. 15 Milliarden Vorzugsaktien sollen der Bahn als Betriebsmittel verbleiben, 11 Milliarden Obligationen sollen das Unternehmen zugunsten der Reparationszahlungen mit 3. später mit 5 Prozent verzinsen und mit 1 Proz. amortisieren. Diese Verzinsung muß die Bahn herauswirtschaften, die Gefahr der hohen Befahrung der Arbeiter und Beamten sowie des Passagier- und Güterverkehrs liegt also sehr nahe.

Die finanziellen Lasten für Deutschland bauen sich auf der Voraussetzung eines Moratoriums für die Jahre 1924/25 auf. Der Bericht hält es für ausgeschlossen, daß Deutschland in diesen beiden Jahren

in irgendeiner Weise aus seinen Haushaltsmitteln zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen an die Alliierten Beiträge leisten kann.“

Die Sachleistungen sollen weiter geführt (also Reparationslohn usw. geliefert werden), doch sollen sie durch eine internationale Anleihe finanziert werden. Im übrigen befragen die finanziellen Bestimmungen:

Das Gutachten der Sachverständigen schlägt folgende Leistungen vor:

Für die Moratoriumszeit:

Erstes Jahr 1924/25: 1000 Millionen Goldmark, und zwar 800 Millionen aus einer ausländischen Anleihe und 200 Millionen aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen. Die 800 Millionen dienen zur Finanzierung der Sachleistungen und der Besatzungskosten. Soweit Anleihen nicht zustande kommen, können Leistungen von Deutschland nicht gefordert werden.

Zweites Jahr 1925/26: 1200 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen und 500 Millionen aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Eisenbahn.

Für die Uebergangszeit:

Drittes Jahr 1926/27: 1200 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungssteuer und aus Haushaltsmitteln.

Viertes Jahr 1927/28: 1750 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungssteuer und aus Haushaltsmitteln.

Die Leistungen für das dritte und vierte Jahr können sich um bis zu 250 Millionen erhöhen oder ermäßigen, je nach der Höhe des dritten Teiles des Betrages, um den bei kontrollierten Subsidien im Jahre 1926/27 1000 Millionen und im Jahre 1927/28 1250 Millionen Goldmark übersteigen oder untersteigen.

Fünftes Jahr 1928/29 (Normaljahr) 3000 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungssteuer und den Haushaltsmitteln.

Zu den Jahreleistungen, die vom fünften Jahr ab (Normaljahr, das ist das Reparationsjahr 1928/29) in Höhe von 200 Millionen Goldmark zu übernehmen sind, sollen in den darauf folgenden Jahren Zuschüsse geleistet werden, die sich nach einem kombinierten Index errechnen. Die Komponenten des Index sollen sein:

- a) die Gesamtsumme der deutschen Ein- und Ausfuhr,
- b) die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts des Reichs, von Preußen, Bayern und Sachsen, wobei auf beiden Seiten die Zahlungen auf Grund des Friedensvertrages abgezogen werden sollen,
- c) die Güterverkehrsleistungen der Eisenbahn,
- d) der Gesamtverbrauch von Zucker, Tabak, Bier und Alkohol, berechnet nach den Verbraucherpreisen,
- e) die Bevölkerungszahl,
- f) der Kohlenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung, wobei die Eisenbahn zugrundegelegt wird und die Dampflokomotive aus Steinkohle umgerechnet werden soll.

Der Industrie, dem Handel und Verkehr soll durch Industrieobligationen eine Befreiung von 5 Goldmilliarden auferlegt werden, eine Last, die ungefähr dem entspricht, was das deutsche Industrieangebot von 1923 vorab.

Die Kontrolle der deutschen Wirtschaft und Finanzen ist in einer Weise vorgezogen, die, je nach der Ausführung, erträglich und unerträglich werden kann.

Für den Bergbau des Ruhrgebiets ist durch den Bericht einer schweren Gefahr vorgebeugt worden. Die drohende neue Stilllegung des Ruhrbergbaues ist durch die Verlängerung der Ricumverträge auf zwei Monate beseitigt worden. (Ueber die neuen Ricumverträge siehe „Volksw. Rundschau.“) Sollten wir, daß sie nicht noch einmal verlängert werden brauchen, sondern daß in diesen zwei Monaten die Reparationsfrage endlich einer entscheidenden Lösung entgegengeführt wird.

Die staatspolitische Bedeutung der Reichstagswahl.

Von Heinrich Döfler.

Der 1920 gewählte Reichstag ist aufgelöst und Neuwahlen sind angedeutet. Der 4. Mai ist zum Wahltag bestimmt. Da gebietet es die Pflicht in der freigeordneten politischen Zusammensetzung der Bergarbeiter, in sonstigen Abhandlungen über berufliche, soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten erscheinen, sich mit der Bedeutung der Reichstagswahl zu befassen. Das kann auf verschiedene Arten geschehen, denn das Problem ist durchaus nicht einseitig. Hier soll die staatspolitische Bedeutung herbeigehoben werden, wobei es erforderlich ist, auf den Unterschied von einst und jetzt zu verweisen. Die Unternehmung ist offenbar und doch wird sie von großen Wählermassen nicht erkannt, weil sie nur wenig politisch durchdringt ist.

Deutschland war, bevor es Republik wurde, eine halb absolute monarchische Monarchie, neben der zwar ein Reichsparlament bestand, das aber nur über eine geringe Macht verfügte. Die Staatsgewalt lag in den Händen der Monarchie und nicht beim Parlament. Auch auf die Regierungsbildung hatte der Reichstag keinen Einfluß. Einzig und allein der Kroninhaber bestimmte, wie die Regierung zusammengeleitet sein sollte. Sie war nicht abhängig vom Vertrauen des Parlaments, sondern von den Launen des Monarchen. Auch über das höchste Schiedsamt der Nation, über Krieg oder Frieden, entschied der Monarch im Einvernehmen mit dem Bundesrat. Der Bundesrat setzte sich aus den Regierungen der einzelnen Staaten zusammen. In ihm hatte Preußen als größter Bundesstaat die meisten Stimmen. Die preussische Regierung wurde ernannt von dem, der als Kaiser an der Spitze des Reiches stand. So schloß sich der Ring der absolutistischen Selbstherrlichkeiten. Der Kaiser und Preußenkönig betrachtete sich außerdem noch als ein durch Gottes Gnade auf die Erde gekommenes Instrument des Himmels, das nach höchst eigener Belieben, ohne Rücksicht auf Parlament und Volkserwartungen, seinen Weg ging. Weil in diesem Vorhaben Grundabstreue bestand, wurde die deutsche Nation in „herrlichen Zeiten“ entgegengeführt, wie wir sie in den letzten Jahren durchlebt haben und leider noch weiter durchleben müssen. Nicht die Republik ist schuld an der großen Volksnot, sondern mitschuldig ist die verderbliche Politik des einstigen kaiserlichen Deutschland. Bergarbeiter, Frauen und Mädchen, denkt daran, bevor ihr zur Wahl schreitet!

Durch die Neuordnung im Staate ist die Reichstagswahl ein Akt von höchster Bedeutung geworden. Durch sie ist das Volk an der Ausübung der Staatsgewalt beteiligt. Wie es wählt, so wird der Reichstag zusammengesetzt sein. Die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten ernannt dann die Regierung. Indirekt bestimmen also die Wähler, wer in der Republik regieren soll. Weil keine Partei die Mehrheit hatte und darum auch nicht zur Regierungsbildung befähigt war, entstand die Koalitionspolitik. Mehrere Parteien vereinten sich, um eine Regierung zu bilden. Diese Koalitionspolitik ist oft bester Art angegriffen ausgelegt gemein. Sie war aber nur der Ausfluß des Volksentscheides von 1920. Keine Partei wird Koalitionspolitik als Prinzip betreiben, sondern sie nur als ein notwendiges Übel betrachten. Der 4. Mai ist ein Bestimmungstag für die Politik, die in den nächsten Jahren in der Republik betrieben werden soll. Darin liegt die hohe Bedeutung des Wahltages.

In der Republik herrscht Volkdemokratie im weitesten Sinne des Wortes. Sie verpflichtet aber auch zur höchsten Selbstbestimmung. Sie stellt Ansprüche an die Ueberlegung und den Verstand. Darin steht sie im schärfsten Gegensatz zur Diktatur, die von Danks- und Reichstagsmitgliedern als Staatsideal gefordert wird. Die Diktatur verlangt Ausführung und blinden Gehorsam, aber keine Ueberlegung. Ihre Durchführung bedeutet den geistigen Tod. Eingeliebt, die ohnein nicht viel Geist aufzugeben haben, mögen sich diesem Wahne hingeben. Die Massen dürfen es nie, wenn sie sich nicht zu gelassenen Gerden erweichen lassen wollen.

Männer, die durch jahrelange politische Betätigung aufgefäkt sind, müssen nur Einfluß nehmen auf zurückgebliebene Kaneroden, vor allem aber auch auf die Frauen und Mädchen, die zum Zeichen der Volkdemokratie das Wahlrecht besitzen, um sie zu belehren, wie sie zu stimmen haben. Das ist das wichtigste Geschäft der Stunde. Wo in letzter Zeit Wahlen stattfanden, ist festgestellt, daß der größte Teil der Frauen und Mädchen Hiltzstruppen der Reaktion waren. Darin offenbart sich die politische Unerfahrenheit. Sie kann im häuslichen Zwangsgewalt eingeschleht bestimpt werden. Diese Aufgabe muß mit Beharrlichkeit erfüllt werden. Jeder einzelne kann in diesem Falle, ohne die Kunst der öffentlichen Rede ein Werber für den Sozialismus sein. Auf Kameraden, an diese Arbeit! Der Erfolg wird Belohnung sein.

Die Gegner rufen. Sie wollen am 4. Mai die demokratische Republik niederhimmeln. Die Gewerkschaften müssen sie schlagen, damit sie überhaupt die Kapitalisten und nicht sozialistisch sein. Die Pflicht geht auf die Arbeiter, sich für die Republik zu entscheiden, wo immer sie die Gelegenheit dazu bietet, weil sie die Sozialisten, die der soziale Kampf gegen den Kapitalismus am besten und leichtesten ausgefochten werden kann. Dessen sind sich die Träger des kapitalistischen Systems auch bewusst, nur die Arbeitermassen und ihre Angehörigen haben es noch nicht mit gleicher Schärfe erfasst.

Wann? Wer ein Kämpfer für Arbeiterrechte, die Freiheit und Frieden will, muß sich am 4. Mai für die Demokratie, für die Republik und für den Sozialismus entscheiden!

Der Reichsarbeitsminister und das Reichsnapphaftgesetz.

Der Minister weicht einer Entscheidung aus.

Nach § 118 des RAB. kann über einen Antrag, der in zwei verschiedenen Sitzungen zweimal abgelehnt worden ist, von einem Drittel der Vertreter der Beschäftigten oder der Arbeitgeber im Vorhabe des RAB. die Entscheidung des Reichsarbeitsministers angefordert werden. Von diesem Recht haben die Vertreter unserer Verbände, die dem Vorstand des RAB. angehören, Gebrauch gemacht und am 26. Februar in einer Eingabe den Reichsarbeitsminister ersucht, zu entscheiden, ob zwei Anträge, die zweimal von den Vertretern mit Stimmengleichheit abgelehnt wurden, als angenommen zu gelten haben. Es handelte sich hierbei um die Anträge, daß der vorläufige Vorstand des RAB. bestimmen sollte, daß für Knappheitsbetriebe, die bis zum 1. 1. 24 keine Sonderordnungen erlassen haben, die alten Satzungen bezüglich der Krankenversicherung als Sonderordnungen bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Sonderordnungen, die von der vorläufigen Bezirksverwaltung zu beschließen waren, gelten sollten, und daß auch die Leuerungszulage über 25 Dienstjahre und die 40 % für steigen könnte.

Die Entscheidung fiel dem Herrn Reichsarbeitsminister scheinbar sehr schwer, denn es hat anorthodox Monate gedauert, bis er sich entschied, daß er nicht entscheiden werde. Unterm 12. April sandte nämlich das Reichsarbeitsministerium an den vorläufigen Vorstand des RAB. zwei Schreiben, in denen diese Absicht zum Ausdruck gebracht wird. Wegen der Fortdauer der alten Satzungen als Sonderordnungen

sagt der Reichsarbeitsminister, daß die Arbeitgebervertreter bei ihm am 26. März beantragt hätten, den Antrag abzulehnen, weil die allgemeine Lage eine weitere Befreiung des Bergbau nicht zulasse. Er selbst wählte sich aus rechtlichen Erwägungen einer Entscheidung enthalten. Die Stellungnahme des Reichsarbeitsministers zu dieser Frage ist eigenartig. Wenn in dem Schreiben weiter gesagt wird, daß nunmehr zu dem Antrag nach § 118 keine Stellung mehr genommen werden kann, weil die Beschlüsse, Sonderordnungen zu erlassen, für den vorläufigen Vorstand erloschen ist, so fragen wir:

Warum hat das Reichsarbeitsministerium nicht sofort zu dem Antrag unserer Kameraden Stellung genommen?

Die Entscheidung des Herrn Reichsarbeitsministers haben unsere Kameraden am 26. Februar angefordert; damals war es also noch früh genug, eine Entscheidung zu treffen. Neu für unsere Kameraden ist auch die Verhinderung des Reichsarbeitsministers, daß er in den bisherigen Verhandlungen bemüht war, den Ausfall der Familienhilfe zu verhindern. Sein Schreiben an den Reichskommissar zur Durchführung des RAB., das an die einzelnen AB. weitergeleitet worden ist, wurde von den Unternehmern direkt als Aufforderung betrachtet, die Mehrleistungen der Krankenversicherung abzubauen. Als von den Arbeitgebervertretern im Vorstand des RAB. angeordnet wurde, daß in dem Schreiben auch die Befreiungen der Krankenversicherung gemeint sind, hat der Vertreter des Reichsarbeitsministers in Knappheitsbetrieben, Gehilfenkuria, sowohl für die Unternehmer, als auch für die Beschäftigtenvertreter erklärt, daß in dem Schreiben auch die Befreiungen der Krankenversicherung gemeint waren. Da aber nach den bisher zu Recht gestellten Anschauungen zu den Mehrleistungen auch die Familienhilfe zählt, ist zwischen diesem Schreiben und dem bisherigen Verhalten des Reichsarbeitsministers ein großer Widerspruch vorhanden. Sollte dies vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß im Reichsarbeitsministerium einzelne Geheimräte selbständige Politik machen? Ebenso wie vor der Entscheidung über die Sonderordnungen weicht der Reichsarbeitsminister auch der Entscheidung über die Frage der

Steigerung der Leuerungszulage über 25 Dienstjahre aus. Auch hierbei hat ein Stimmzettel der Bergbauwolligen genügt, den Reichsarbeitsminister zu befragen, die Entscheidung über diese Frage bis auf weiteres auszusetzen. Sein Verhalten sucht er damit zu begründen, daß er eine Verordnung in Aussicht stellt, in der die Renten und Leuerungszulagen der Reichsinvaliden- und Angehörigenversicherung in feste Beträge umgewandelt werden und demzufolge sie auf die Knappheitsbetriebe nicht aufgerechnet werden dürfen. Die Reichsinvaliden- und Angehörigenversicherungsmittler werden also die Beträge aus dieser Versicherung, die ihnen gezahlt werden, um 1. 1. 24 als nachträglich bekommen. Diese Verordnung kann aber nur als eine selbstverständliche Sache angesehen werden, welche die Bergarbeiter seit langem erwarteten. Es wird doch wohl kein Mensch im Ernst daran gekrankelt haben, daß die Bergarbeiter auf die Dauer es sich gefallen lassen würden, Beiträge für eine Versicherung zu zahlen, ohne dafür einen Gegenwert zu erlangen.

Der Herr Reichsarbeitsminister spricht auch davon, daß auch die Knappheitsbetriebe umzuwandeln sind, daß z. B. die Leuerungszulage die nur als ein Aufwertungsbeihilfe für die Zeit des Währungsberfalls anzusehen ist, verschwinden müßte. Hierzu wäre zu bemerken, daß wir die letzten sind, die an dem Begriff "Leuerungszulage" festhalten wollten. Uns kommt es nur auf die Höhe der Zulage an und hauptsächlich darauf, daß nicht das unheimliche Anwartschaftsbedürfnisverfahren bei der Beitragsberechnung in Frage kommt, denn hierbei haben die Bergarbeiter ein Recht in der Suppe gefunden. Die ganze Sozialversicherung bekommt durch das Anwartschaftsbedürfnisverfahren einen bitteren Geschmack. Länger als ein Vierteljahrhundert haben die deutschen Arbeiter Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt, ohne die entsprechenden Gegenwerte zu erhalten, da ein großer Teil der Beiträge dazu benutzt wurde, Mißhandlungen anzufangen. Die Inflation hat diese Gelder gestohlen. Sie sind den Großspekulanten à la Stinnes zugeflossen, die von der Reichsbank unbefristeten Kredit bekommen, um nur einen winzigen Bruchteil davon wirklich zurückzugeben. Trotz der Opfer, die die frühere Generation gebracht hat, müssen heute die Arbeiter auf die Mittel für die alten Invaliden anfragen. Die Bergarbeiter haben dabei noch einen um so größeren Verlust erlitten, weil auch ihre Knappheitsbetriebe vom Großkapital gestohlt worden sind. Sie haben deshalb kein Interesse mehr, einen Selbsthaufen anzufangen, der letzten Endes ihren schärfsten Gegnern zugute kommt.

Reichsrenten des Bergarbeiterverbandes.

Am 14. und 15. April tagten in Berlin unsere Reichsrenten mit dem erweiterten Vorstand, um zu wichtigen Tagesfragen Stellung zu nehmen.

Zunächst berichtete Kommandant Schmidt über die wirtschaftliche Lage. Er gab einen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche und lehnpolitische Entwicklung der letzten Monate.

Nach lebhafter Debatte, in der aus allen Richtungen die tröstliche Lage der Bergarbeiterschaft geschildert und das brutale Vorgehen der Unternehmer kritisiert wurde, fand folgende einstimmige Annahme:

Die vom 14. bis 15. April 1924 in Berlin tagende Reichsrenten des Bergbauverbandes der Bergarbeiter Deutschlands anerkennt die Einwirkung der Wirtschaftslage auf den Lebensstandard der Arbeiter in der Reparaturwirtschaft. Die Konferenz erwartet, daß es die Gewerkschaften ermöglichen zu können und so endlich ein würdiger Friede herbeiführt, die an der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in der Reparaturwirtschaft und an der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands in dem auf Grund des Reichsrentengesetzes festgestellten Gebiete an Deutschland zurückzuführen wird.

Die Konferenz erachtet die Reichsrenten als ein wichtiges Mittel, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern und die an der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in der Reparaturwirtschaft und an der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands in dem auf Grund des Reichsrentengesetzes festgestellten Gebiete an Deutschland zurückzuführen wird.

Krieg dem Kriege!

Manifest an die Arbeiter aller Länder

Der Zeitpunkt ist nicht fern, an dem die Menschheit zum zweiten Male mit Entsetzen an einen unheilvollen Kampf zu rückschauen wird an dem der erste Konventionen der Menschheit Massenmord des Weltkrieges andenkend.

Vier Jahre lang hing ein dunkles Unheilsgewölke über der mit Blut und Tränen gedüngten Erde. Vier Jahre lang sprangen die Völker in sinnlosen Rassen einander an die Kehle wie wilde Tiere. Tausende von jungen Menschen, die Blüte ihres Volkes, von den Schicksalen einer von Mensch zu Mensch errichteten Kapitalistenwelt vertrieben, wurden für die Welt geopfert. Die Menschheit hat den Kriegselend in den Kampf zogen.

Dann kam der Friede, der kein Friede ist, der mit schmerzlicher Ironie alle Illusionen zunichte machte, die so viele wohlmeinende Optimisten in der ganzen Welt gehegt hatten und fast verwickelt glaubten.

Und schon rüsten die Staaten aus neue zum Kampf.

Alle Welt weiß, dass ein neuer Krieg an Schrecken und Grausamkeit alle vorangegangenen Massenschlächtereien übertreffen würde.

Mittlerweile steht die Wissenschaft in den Laboratorien nach neuen noch viel schrecklicheren und verheerenderen Tötungs- und Vernichtungsmitteln.

Ein neuer Krieg würde einen Kampf herausbeschwören, der mit jedem Windhauch Tod und Verderben mit sich führt, einen Kampf mit Giftgasen und Bakterien, der keinen Raum läßt für persönliche Heldentat und in dem Menschen wie Ungeziefer ausgerollt würden.

Die Zeit heißt viele Wunden. Geißeln der Bitterkeit, der Rache und des Hasses können im Laufe der Jahre verblasen und verschwinden. Ein Haß jedoch muß in den Herzen der Menschen unverwundbar weiter leben — ein Haß, den nur verbrochene Gleichgültigkeit weissen kann: das ist der heilige Haß gegen den Krieg!

Ein Haß, der die Welt gibt es, die Bürger dafür ist, daß dieser Haß nicht verschwindet. Als die Menschheit angesichts der vom Krieg zerrütteten Welt von Verzweiflung überwältigt wurde, da war es die Arbeiterklasse, die als erste die Fahne der Internationale wieder emporhob. Es war die internationale organisierte Arbeiterklasse, das internationale Proletariat, das den ersten Ruf erschallen ließ: »Nie wieder Krieg! Dieses internationale vereinigte Proletariat ist die Macht, die den Krieg vernichten wird. Wenn diese Friedensarmee will — und sie muß wollen —, dann wird ihr Massenaufruf gleich einer drohenden Warnung allen jenen in die Ohren tönen, die sich in kalter Berechnung und schamloser Habgier auf neue Anschläge, die Menschheit für Jahre und Jahrzehnte hinaus in Elend und Tränen zu stürzen.

Arbeiter, Kameraden aller Länder! Am dritten Sonntag im September d. J. organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund in allen ihm angeschlossenen Ländern einen Antikriegstag. Die Sozialistische Arbeiterinternationale, die Genossenschaftsinternationale und die Sozialistische Jugendinternationale werden diese Veranstaltung unterstützen.

Dieser Tag muß eine Heerschar werden für die internationale Friedensarmee! Mehr noch: er muß ein Warnungssignal für alle jene Mächte werden, die glauben, daß sie der unbeugsamen Friedenswillen der Völker angegriffen verhöhen dürfen.

Kameraden! Demonstriert in Massen von Tausenden an unserem internationalen Antikriegstag!

Krieg dem Kriege! Es lebe der Weltfrieden!

Internationaler Gewerkschaftsbund:
Léon Jouhaux, Th. Lelapart, C. Mortens, Jan Oudogeest, Joh. Saanenbach, John W. Brown
Vizepräsidenten Sekretäre

gegenwärtigen Lebenshaltungskosten noch wesentlich über denen der Kriegszeit stehen hat die von den Unternehmern und der Reichsregierung betriebene Lohnpolitik dahin geführt, daß die Bergarbeiterklasse ein »Stillestand« der tariflichen Überarbeit in einer Anzahl Betrieben vor sich nicht die Höhe der Vorkriegszeit erreicht haben. Durch solche Beschränkungen des Reichsarbeitsministeriums ist unter scharfem Protest der Gewerkschaften die Lohnregulierung teilweise sogar noch eine längere, festgesetzt worden. Die Erklärungen der Reichsregierung und der Unternehmer, daß durch die Verlängerung der Arbeitszeit und das Niedrighalten der Löhne die Gesundheit des Wirtschaftslebens und die Stabilisierung der Währung nur gefördert werden könnten, bezeichnet die Konferenz als irrig. Wirtschaft und Währung werden nur dann stabil bleiben, wenn die Kaufkraft der breiten Volksmassen durch Anhebung der Löhne an den Preisanstieg gehalten und auf diese Weise Preisstabilität und -leistung gesichert werden. Die Regierung war beifällig, die Einkommen der Arbeiter und Angehörigen bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit niedrig zu halten, hingegen hat sie es nicht vernachlässigt, die Preispolitik der Kartelle, Smutts und Trusts mit der notwendigen Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Verordnung über das Kartellwesen hat nicht dazu beigetragen, den Preisniveau zu fördern und so die Kaufkraft der Lohnempfänger zu steigern. Dieses Ergebnis, wofür die Regierung verantwortlich ist, erfordert scharfsten Protest.

Das Rundschreiben der Arbeitgeberverbände vom 28. März d. J. verlangt die Konferenz, zu erklären, daß die Mehrarbeit über die Arbeitszeit, die sich in der Vergangenheit durch besondere Vereinbarungen auf tariflicher Grundlage den jeweiligen Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechend mit sich hat. Der Versuch, eine längere Arbeitszeit im Winterzeit festzusetzen, muß als unzulässig mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpft werden. Wenn dieses jedoch geschehen soll, dann ist es notwendig, daß die Arbeiter im Bergbau trotz aller Schwierigkeiten in allen Revisionen des Verbandes härter, um mit entschlossener Einheit den Revisionen entgegenzutreten zu können.

Der weitere Punkt der Tagesordnung: »Die Löhne unserer Verbände« war innerer Natur. In gewöhnlicher Ausdrucksweise wurden alle Möglichkeiten und Notwendigkeiten gewerkschaftlicher Löhne, soweit sie unseren Verband betreffen, betrachtet und Richtlinien für die Zukunft in voller Einmütigkeit aufgestellt.

Über Tarifrecht und Schlichtungswesen hielt Herr Dr. Hiltner einen instruktiven Vortrag, der vom Verband in Kronenform herausgegeben wird, weshalb wir hier auf die Wiedergabe verzichten. In der Debatte über diesen Punkt ergab sich weitgehende Übereinstimmung über die Auffassung und Politik, die wir zu diesen Fragen haben bzw. einzunehmen haben.

Zur Knappheitsfrage wurde eingehend das Bestreben der Unternehmer nach Abschaffung des Reichsnapphaftgesetzes gewürdigt und die zu treffenden Maßnahmen beraten. Zu dieser Frage wurde einstimmig folgende Entscheidung angenommen:

»Der Reichsarbeitsminister und Reichsminister des Bergbau der Reichsrenten legen Verwahrung ein gegen das Vorgehen der Arbeitgebervertreter im Vorstand des RAB. Von der Gründung einer Kommission bis zum heutigen Tage war das Bestreben der Arbeitgebervertreter, das seit Jahrzehnten geforderte und endlich wirklich erlangte RAB. zu verschwinden und wieder ganz zu bestehen. Sie verlangen, die Bergarbeiter davon zu überzeugen, daß das RAB. ihnen keine Vorteile bringt, indem sie die Paragraphen des Gesetzes fallen lassen und sie mit anderen zum Schaden der Beschäftigten nur an die Abschaffung der Mehrleistungen erzwängen. Nur, daß man keine Zweifel über die über 25 Jahre lang bestehende Dienstzeit haben, nicht mehr werden geben will als 40 Prozent des Gesamtverdienstes, obwohl der § 31 des RAB. zum Ausdruck bringt, daß die Knappheitszulage nach 25 Dienstjahren weiter zu steigen soll. Die Anhebung der Worte »wirtschaftliche Bergarbeit«, die nach § 26 15 Jahre vorerfüllt sein muß, um die Mehrleistungen zu erhalten, ist eine tolle Fiktion, daß man sogar denken die Bergarbeiter verweigert, die über 25 Jahre Bergarbeit leisten, aber davon nur neun Jahre haben, die die Zulage Zeit aber Empfänger aus Herabsetzung sind. In den Untergruppen des RAB. liegt es bei den Arbeitgebervertretern nicht besser an. Dieses Verwehrt der Reichsarbeitsminister, der letzten Knappheitszulage, was es durch die Schuld der Arbeitgebervertreter nicht zur Annahme der Sonderordnungen kam. Bei einigen RAB., so dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsrenten, liegt die Schuld daran, daß die Knappheitszulage nicht den Bestimmungen des RAB. gemäß gewährt werden, sondern zu niedrig bemessen sind. Eine Drucksache, welche die Arbeitgebervertreter über diese Punkte, wenn sie aufgeben sollte, fordern, wird allen Gruppen, die Eingang haben, vor allem dem Reichsarbeitsminister als Kopie zugehen.

Schärfe, auf die Unternehmer zu bringen, den Beschäftigten des RAB. Folge zu leisten, ehe es zu spät ist. Schwere Verwahrungen sind auf die Bergarbeiter, die sich dem RAB. angeschlossen haben, zu legen. Wenn ihre Verbände nicht ein-

Die Konferenz hat die Verhandlung der Reichsrenten mit dem Vorstand des RAB. sehr eingehend betrachtet, hat aber vorher noch Maßnahmen zu treffen, um bestimmte Rechte der Arbeiterorganisationen sicherzustellen. Dem Verbandsvorstand wurden entsprechende Aufträge erteilt. Über die Verhandlungen zur Generalkonferenz in London, die am 1. Juni d. J. in London stattfinden wird, berichtet der Vorstand ausführlich in der nächsten Nummer der »Demokratischen Zeitung«. Eine Anzahl notwendiger Statutenänderungen wurde durchgenommen, die die Arbeit der Reichsrenten in der Sache der Schlichtungskommission.

Den Schluss der arbeitstägigen Tagung bildete die Beratung einer Anzahl wichtiger Verbands- und Verwaltungsangelegenheiten.

Katastrophenpolitik der Unternehmer.

Unter Anführung aller vernünftigen wirtschaftspolitischen Grundsätze hat das Unternehmertum im Bergbau, unterstützt von der Reichsregierung, dem Reichsarbeitsministerium, die Löhne gekürzt und die Arbeitszeit verlängert. Die Hungerpolitik, die Angst vor der Arbeitslosigkeit erzeugte eine auf die Dauer unheilvolle Steigerung der Bergbau.

Die Arbeitszeitverlängerung hat in den beschriebenen Betrieben zu trübseligen Zuständen geführt. 10 und 12 Stunden Arbeit ist bei der Last, daß überall Tausende von Arbeitern weite Wege oder Fahrten zur Arbeit haben, auf die Dauer unheilbar. Im Geländebereich, sind die Kameraden mit langer Arbeitszeit von 12 Uhr morgens bis 7 1/2 Uhr abends unterwegs! Wartet ein Mensch, daß mit solchen Arbeitszeiten eine gesunde Wirtschaft erreicht werden kann?

Die Krankheitsfälle haben sich in den letzten Monaten überall ungeheuer gesteigert. Die Krankenunterstützung ist so gering, daß die Leute arbeiten, bis sie zusammenbrechen. Die Stellung dauernd kranker Leute länger, als wenn der Arbeiter freiwillig genug krankheitsbedingt kommt, daß vielfach krankende Leute hilflos entlassen werden.

Die Antirenterei, die Schlichtungen auf den Verbandsrenten sind in den letzten Jahren unzulässig. Seit 30 Jahren, berichten die Kameraden, war es nicht so schlimm wie heute. Der Bau mit Renten wird in unverantwortlicher Weise betrieben. Bergpolitische Vorschriften werden nicht beachtet, Strecken ausgebaut und wird vielfach unzulässig verunreinigt. Im Dezember und Januar die längere Arbeitszeit eingeführt, konnte man auf manchen Stellen eine erhebliche Minderleistung beobachten, wenn die Wogen nicht genügend beladen oder die Ladung unweit war, machte das nichts. Das Hörergebnis wurde so erheblich in die Höhe getrieben, im Februar und März, gegen dann die Werte die Konsequenz, indem sie auf Grund der vormonatlichen hohen Leistung die Gehälter festsetzten.

Nur hat auch die Beteiligung der Deutschen Arbeitgeberverbände einen neuen offiziellen Gehalt auf dem Gebiet der Lohnpolitik unternehmen. Der Tarifausgleich dieser Vereinigung hat sich am 28. März mit der Lohnpolitik beschäftigt, das Ergebnis wurde in einem Rundschreiben vom 28. März veröffentlicht und es ist tollsch, daß die Unternehmer alles aufbieten werden, ihre Grundsätze in die Praxis umzusetzen, und wo sie Schlichtungsverfahren nicht ausweichen können, auf die Behörden in diesem arbeiterfeindlichen Sinne einzurichten.

Das Rundschreiben begründet die Notwendigkeit des Lohnbruchs mit der Sorge um die Aufrechterhaltung unserer Währung. 1 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde mache eine Jahresbesetzung von 100 Millionen Goldmark aus. Ob diese Rechnung stimmt, sei hier nicht unterstellt. Aber eine andere Rechnung stimmt. Eine allgemeine Preisankunft um 10 Prozent wäre durchaus möglich, wenn unsere Wirtschaft »wollte«. Das wären 1000 Millionen Goldmark im Jahr! Dann könnten die Arbeiter mehr auf die 500 Millionen gem. bezichtigt! Unmöglich wäre diese Preisankunft nicht, denn Deutschland hat heute fast überall Preise über Weltmarktniveau, seine Löhne stehen aber weit unter denen in anderen Ländern. Wenn ein Geschäft in der »Wirtschaft« auseinanderfällt, doch heute für den Unternehmern Gewinn, Zinsen und Unternehmerlohn, während es 10 Prozent einkalkuliert werden, während es früher in 10 Prozent waren. Generalverlusten usw. werden unmerklich hoch gehalten, eine vernünftige Durchorganisation unserer Wirtschaft würde einen erheblichen Preisabbau durchsetzen.

Am 30. Juni zum Teil 100 Prozent mehr sollen nach dem Rundschreiben heute die Löhne höher sein als in der Inflationszeit. Was will man damit sagen? Sollen die Elternkinder aus jener Zeit — 50, 30 Pf. usw. — lange tragen werden können, ohne daß sich die Wertgegenstände des Volks in gewaltigem Ausmaß Luft gemacht hätte?

Die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen für das Elend der Arbeiter ist auch ein falscherunfährlicher. Gewiß trägt diese wesentlich zur Arbeitslosigkeit bei, aber diese beseitigt man nicht durch Lohnbruch, der die Massen lausungskäufig macht.

Die allgemeine Lohnhöhe soll nach dem Rundschreiben heute schon höher liegen, als für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zuträglich sei. Genau das Gegenteil ist wahr! Die Rohstoffe für die Textilindustrie z. B. zeigen seit Januar eine erhebliche Preisankunft auf dem Weltmarkt, die deutschen Preise für rote Textilwaren liegen 40 Prozent über Weltmarktpreis, so daß Fabrikanten von Indien usw. ihre Waren in England kaufen müssen, wenn sie im Ausland mit ihren Waren noch konkurrieren wollen.

Auch die höhere Miete soll keine Lohnhöhung rechtfertigen. Ein Schritt das ganze Bürgerum nach Abbau der Wohnungsmangelswirtschaft und nun, da die Mieten enorm steigen, soll kein Ausgleich durch Senkung der Hungerlöhne geschaffen werden! Auch die Erhöhung der Beamtengehälter soll nach dem Rundschreiben ohne Einfluss bleiben auf die Privatindustrie. Zum Ausgleich wollen die Unternehmer Maßnahmen zur Preisankunft ergreifen. Von diesen Erdrüttungen hat das arme Volk die Nase voll. Sie haben 1923 gründlich verstanden, die Wirtschaft gegen die Ausbeute der Monopolisten sind wahre weiße Kalbe» geblieben.

Die Währung würde in Gefahr gebracht werden, wenn der Staat für seine Ausgaben (höhere Beamtengehälter usw.) keine Deckung schafft, sondern neues Papiergeld druckt. Lohnsenkung in der Privatindustrie schafft aber diese Deckung durch Lohnsteuer. Umfahnternehmung usw. Auch hohe Löhne in der Privatindustrie könnten die Währung gefährden, wenn sie Schaffung von neuem Geld zur Voraussetzung hätte. Das ist aber nicht nötig, man bringt nur die Löhne besser in Einklang mit den übrigen preisbildenden Faktoren.

Der RAB. hat zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB.) und dem Gewerkschaftsbund (G.D.) sich in einer dringenden Eingabe an die Reichsregierung gegen das Vorgehen der Unternehmer gewandt. Auch sonst werden die Gewerkschaften das ihrige tun. Wir auch die Mitglieder müssen es tun!

Wer nicht bereit ist, will unter dem Unternehmertum, fällt seinen Verband und wählt am 4. Mai keine Unternehmerräte!

Opfer im Bergbau.

Das Explosionsunglück auf Wiedenbühl.

Wie wir schon in der vorigen Nummer berichteten, fand am 7. April gegen 1 Uhr auf der 7. Sohle, Flöz 19 Kräftiger 2. östliche Abteilung, im Aufbauen eine Explosion statt, bei der die dort beschäftigten drei Bergarbeiter sowie der Schichtmeister tödlich verunglückten. Die beiden Rettungsarbeiten beruhigten ferner ein Arbeiter und ein Jahrbauer.

Nach dem Untersuchungsergebnissen handelt es sich um ein gewisses um eine Kohlenstaubexplosion. Sollten auch Schlagwetter miteingewirkt haben, so nur in sekundärer Art. Die Untersuchung ergab neue Momente im Grubenunfallwesen. Ein als absolut zuverlässig geltendes Sicherheitsprotokoll soll die Explosion eingeleitet haben. Prüfen, die vor seiner Inflation vorgenommen wurden, ergaben eine Sicherheit bei einer Bohrung bis zu 800 Grammen. Nach der Explosion wurde der Sprengstoff einer Prüfung unterzogen und es ergab sich, daß er bei viel geringeren Mengen Explosionen hervorgerufen kann. Wo die Ursachen liegen, ob etwa der Fehler bei der Bohrung infolge falscher Mischung liegt, sollen weitere Untersuchungen ergeben. Auf alle Fälle wird das Bergbauamt hier sofort eingreifen müssen.

Der Tod der beiden Rettungsmänner bleibt unauflösbar. Der Führer der Rettungstruppe, die aus vier Mann bestand, hat der im

BERGWERK. DEN TOTEN GENOSSEN IN AMERIKA.

Die Räder schwirren.
Die Seile zucken.
Die Körbe liegen.
Die Ohren rauschen.

Der Bohrer kreischt.
Der Fango springt.
Die Wolke platzt.
Das Wetter schwingt.

Fünfundsechzig arme Tote.
Hundertfünfzig arme Waisen.
Siehst du überm Bergwerk dorten
Schwarz die Rabenwolken klosen? Max Berte

(Am 8. März erfolgte in einem Kohlensticht bei Castle Gate in dem nordamerikanischen Unionsstaat Utah eine furchtbar Schlagwetterexplosion. Die Zahl der Toten beträgt nicht — wie die ersten Meldungen besagen — 76, sondern sie schwankt, den Pressmeldungen zufolge, zwischen 175 und 183.)

Zweidrittelmehrheit vorhanden sein müßte und die Majorität bei dem Streikreferendum jedenfalls noch kleiner ausfallen dürfte. Es wird nun eine Untersuchungskommission in Funktion treten und inzwischen wird zu den alten Bedingungen weiter gearbeitet werden. Diese Kommission wird wohl bei der Schließung der stark ausgebeuteten Bergwerke empfehlen. Da aber neuere und reichere Lagerungen in Angriff genommen werden, so hat dies nicht notwendigerweise einen Rückgang in der Zahl der beschäftigten Arbeiter im Gefolge. Als Arbeitervertreter in der Kommission ist bereits A. G. Cameron, Sekretär der Bergarbeiterorganisation, genannt worden.

Kongreß des polnischen Bergarbeiterverbandes.

Am 3., 4. und 5. Mai d. J. findet in Krakau ein Kongreß des polnischen Bergarbeiterverbandes statt, der zu wichtigen Fragen der Bergarbeiter im polnischen Bergbau Stellung nehmen wird. Wir wünschen unseren polnischen Kameraden zu ihrer Tagung vollen Erfolg.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Produktionsziffern des Odrau-Karwiner Steinkohlenreviers im Jahre 1923.

Die Jahreskohlenproduktion 1923 des Odrau-Karwiner Steinkohlenreviers, das in Osterschlesien liegt und nach dem Abzug zur Tageslohnarbeit kam, weist gegen die Förderung im Jahre 1922 eine Steigerung um 16 415 688 Metzentner, das sind 23,47 Proz. der Förderung vom Jahre 1922, auf und beträgt 81 103 522 Metzentner, gegen 65 687 839 Metzentner im Jahre 1922.

Die Kohleproduktion beläuft sich im Jahre 1923 einschließlich Eisenwert Erzgebirge und Bittowitz auf 17 553 666 Metzentner, gegen 8 479 241 Metzentner im Jahre 1922, das ist eine Steigerung um 9 073 425 Metzentner oder 107,01 Prozent der Jahresproduktion 1922. Die Kohleerzeugung bei der Kapuzinergrube der Bittowitzer Steinkohlengruben beträgt 335 447 Metzentner gegen 165 749 Metzentner in 1922.

Von der Gesamtförderung an Kohle bzw. Koks entfallen an Metzentnern auf	
Berg- und Südbauwerksgesellschaft	24 006 000
Bittowitzer Bergbau- u. Eisen-Gesellschaft	18 597 000
Berndorfs-Nordb. Gr.	11 032 000
Grünhagenberg-Grube Orlau-Bez.	10 261 000
Grünhagenberg-Grube	8 772 200
Johann Wittke-Grube	4 807 401
Odrau-Karwiner Montan-Gesellschaft	1 780 600
Uhrne Montan-Gesellschaft	1 185 140
Wierzbina-Grube Steinkohlenwerk	602 781
Zusammen	81 103 522
oder in Tonnen	8 110 352

Die Lagerbestände am Ende des Jahres 1923 betragen 403 383 Metzentner Kohle und 408 876 Metzentner Koks, gegen 954 739 Metzentner Kohle bzw. 816 839 Metzentner Koks im Jahre 1922.

Der Arbeiterstand betrug im Jahre 1923 bei den Grubenbetrieben 43 947, bei den Koksanlagen 4643, das ist bei den Grubenbetrieben ein Rückgang um 2,41 Prozent und bei den Koksanlagen eine Steigerung um 29,31 Prozent gegen das Vorjahr.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Zahlsche Burgheim. Am 24. März wurde der Kamerad und Aktiver der Zahlstelle Oerbiel, Heinrich Formel, zur letzten Ruhe getragen. Kamerad Formel war ein vorbildlicher Funktionär unseres Verbandes, der in treuer Pflichterfüllung der Arbeiterschaft diente. Wir werden des so früh Dahingegangenen stets ehrend gedenken.

Verbandsjubiläum.

Kamerad Franz Schuster aus Teutenthal (Bezirk Halle) konnte im März d. J. auf seine 25jährige Zugehörigkeit zum Verbandsmitglied. Seit einer Reihe von Jahren und aus heute noch fungiert Kamerad Schuster als Vertrauensmann der Zahlstelle Teutenthal.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ein unionsfähig-kommunales Betriebsrätegesetz.

vindizieren von der Union (Richtung Bochum) und der SPD, fand am 17. März in Bochum statt. Vertreten waren 223 Betriebe durch 265 Delegierte. 23 von den letzteren waren Mitglieder unseres Verbandes, 19 vom Arbeiterverband und 10 von anderen Verbänden (Christliche, Polen usw.). Durch Abgebote waren weiter vertreten Waldburg, Mitteldeutschland, Barmbecker und Soester. Ueber Lohnfragen sah Herr Grafmann-Weidert, über die Verhandlungen und Reparationsfrage Sobotta.

Die Konferenz stellte ultimative Forderungen auf: Siebenstundentag, 30 Prozent Lohn über Friedenslohn, allgemein 14 Tage Urlaub im Jahr, Gewerkschaften in die Betriebsräte einbeziehen, die Unternehmer sind verpflichtet, die Betriebsräte zu unterstützen, die Unternehmer die Forderungen ja oder nein zu bejahen.

Früher verlangte die Union Teilnahme an den Verhandlungen der anderen Verbände, jetzt verlangt sie das nicht, ja, sie rät den Unternehmern nicht mit ihren Forderungen ein. Entweder hat also die SPD einen solchen Weg verboten oder den Strategien der Union ist nicht ganz wohl bei dem Gedanken, selbst bei Verhandlungen mit den Unternehmern die Interessen der Bergleute vertreten zu müssen. Wie aus den Reden auf der Konferenz hervorging, nimmt man an, daß bei den Verhandlungen der anderen Verbände mit den Unternehmern in der letzten Zeit, wo die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt wurden. Dann will die Union durch Delegiertenversammlungen den Kampf einstellen.

Die Konferenz hat auch etwas mehr in die Verhandlungen mit den Unternehmern und Proklamationen an die Bergarbeiterinternationale, ein Brief an die deutschen Bergarbeiter, die Forderung für Arbeitsruhe am 1. Mai und eine Kundgebung für die Freigabe aller politischen Gefangenen in Deutschland, (nicht in Rußland).

Die werden auf diese Entschlüsse noch ihre Organisationsarbeit zu richten.

Die Nationalitätendeute der Unternehmer.

Aus dem obersteilischen Steinkohlenbergbaubezirk geht uns eine Schilderung der Unternehmernschaften bei der Berechnung der belandeten Nationalität zu. Das Vorgehen der obersteilischen Grubenbetreiber ist nicht bereinigt. In den übrigen Bergbaubezirken wurde in derselben Weise gegen die Delegierten vorgegangen.

Im Herbst vorigen Jahres, nach während der Inflation, haben die Verwaltungen die üblichen Winterkloster für einen Vorratsspiel gereinigt. Mit den Betriebsräten wurden Vereinbarungen getroffen, wonach für jeden Zentner Kohle der Wert von vier Marktschillingen der Gruppe A als Bezahlung in Betracht kommen sollte. Bereits im September haben die Verwaltungen mit dem Abzug der Kohlesteuern begonnen. Der Betriebsrat wurde gesagt, daß das Geld vorübergehend angelegt wird, was die auch ohne weiteres annehmen. Die Kohlesteuern werden erst zum Ende des Monats Oktober beginnend abgezogen.

Reinigungsaktion — nach seiner Angabe — die Apparate geprüft und in bester Ordnung befunden. Der Leiter der Essener Reinigungsaktion beklagt, daß auch nach dem letzten Unfall die Apparate in Ordnung gewesen seien. Demnach könnte es sich um einen Unfall handeln, daß die Reinigung infolge Ueberbeanspruchung zusammengebrochen, die Mundstücke der Sauerstoffschläuche sich selbst aus dem Mund rissen und so erstickt sind. So wurden sie gefunden.

Eigenartig berührt es, daß die Grube Wiedenbühl von der Wasserreinigung durch das Oberbergamt entkündet ist, ohne daß die Wasserreinigung auch nur im geringsten Maße beeinträchtigt wäre.

Rohlenkauerexplosion im Sauer Revier, 2 Tote, 14 Verwundete.

Am 12. April nachmittags entstand in der Defabrik Regis der Deutschen Erdöl- und Erdgasgesellschaft Feuer, das auf das mit sehr viel Rohlenkauer bedeckte Ofenhaus der Defabrik übergrang. Das Arbeiterpersonal versuchte den Brand vergeblich zu löschen. Plötzlich ereignete sich eine Explosion, durch die ein Teil des Ofenhauses und des Rohlenkauerlagers zerstört wurde. Leider wurden hierbei ein Arbeiter getötet und 14 verletzt. Einer von diesen starb auf dem Transport.

Rohlenkauerexplosion im Odrau-Karwiner Revier, 14 Tote.

Auf dem Grubenfeld bei Karwin in der Odrau-Karwiner Grube ereignete sich bei der Vermauerung eines Flözes eine starke Explosion von Rohlenkauer im Innern des eingestürzten Flöztes. Bei der Explosion sind drei Arbeiter und ein Aufseher ums Leben gekommen. Acht Arbeiter wurden schwer verletzt. Nach der Explosion auf dem Grubenfeld sammelten sich in der 29. Schicht neue Sprengmassen an die am 12. April nachmittags explodierten. Eine furchtbare Explosion erfolgte im Fördersticht Nr. 1, vernichtete die ganze Eisenkonstruktion des Fördersturms und verursachte einen Brand der umliegenden Holzgebäude. Alle Nachbargebäude, Kaminsteine, Maschinenhäuser und Wohngebäude wurden schwer beschädigt, die Maschinen im Maschinenhaus blieben aber unversehrt. Die Möglichkeit einer neuen Explosion ist nicht ausgeschlossen. Der größte Teil des Grubenfeldes ist vom Brand erfasst und wird überflutet. Die Förderung auf der betroffenen Grube ist auf lange Zeit vollständig ausgeschlossen.

Schlagwetterkatastrophe in Belgien.

Nach einer Meldung aus Brüssel sollen einer Schlagwetterexplosion in einem Bergwerk bei Robelignart zehn Bergarbeiterleben zum Opfer.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Das neue Micum-Abkommen.

Nach wechselreichen Verhandlungen zwischen der Micum und der Sechserkommission ist von beiden Parteien ein Abkommen geschlossen worden, das folgenden Wortlaut hat:

1. Die Veröffentlichung des Sachverständigenberichtes und die Entscheidung der Reparationskommission vom 11. April haben die neue Lage geschaffen, die einen Weg zur Regelung der Reparationsfrage eröffnet.

Diese beiden Tatsachen und im besonderen die Entscheidung der Reparationskommission.

Die Reparationskommission stellt sich nach Kenntnisnahme der Berichte der Sachverständigen auf den Standpunkt, daß die eine praktische Grundlage für die rasche Lösung der Entschädigungsfrage bilden. Sie ist daher schon jetzt und im Rahmen der ihr zustehenden Befugnisse geneigt, die darin enthaltenen Schlussfolgerungen zu billigen und die vorgeschlagenen Methoden anzunehmen, um die Durchführung des Programms der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Kommission beabsichtigt, den beteiligten Regierungen die Schlussfolgerungen der Berichte, die der Beurteilung der Regierungen unterstehen, zur Annahme zu empfehlen, jedoch sieht sich die Reparationskommission in die Notwendigkeit versetzt, ihre Zustimmung und ihre Initiative zurückzutreten, bis die deutsche Regierung bereit ist, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen sicherzustellen.

Die Kreditbeschaffung für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau zu erleichtern.

Die Micum und die Sechserkommission sind daher übereingekommen, den Mantelvertrag vom 23. November 1923 unter folgenden Änderungen und Klarstellungen bis zur allgemeinen Regelung der Reparationsfrage, spätestens bis zum 15. Juni 1924 zu verlängern.

2. Es bleibt bei der Abmachung, daß der am 23. November auf 15 Millionen Dollar festgesetzte Betrag der rückständigen Kohlensteuer dieses Ziffer nicht überschreiten soll, der darüber hinaus von der Micum in Form von Tratten bereits erhobene Betrag wird den Zechen unter folgenden Bedingungen zurückersetzt werden: 1 Million Dollar wird sofort von dem Gesamtbetrag der Tratten abgesetzt; der Rest wird sobald wie möglich zurückersetzt.

3. Die laufende Kohlensteuer wird auf 1,50 Goldmark je verkaufte Tonne festgesetzt, dieser Satz entspricht dem Werte der Brennstoffe am 15. April. Wenn der Wert der Fettsäurekohle sich um mehr als 5 Prozent vermindert, vermindert sich die Kohlensteuer entsprechend in folgenden Stufen: um 5 Prozent, wenn die Preisermäßigung zwischen 5 und 10 Prozent beträgt; um 10 Prozent, wenn die Preisermäßigung zwischen 10 und 15 Prozent beträgt, usw.

4. Jede Zeche bzw. jeder Konzern hat Kohlen und Koks in einer Menge zu liefern, deren Gesamtwert nach dem Anteil am Werte der Nutzförderung bestimmt wird.

Die insgesamt zu liefernde Menge soll dem Programm der Reparationskommission entsprechen nach Abzug derjenigen Mengen, die von dem Aachener Bezirk, dem rheinischen Braunkohlenbergbau und den Koksbetrieben (bei letzteren 27 Prozent der Nutzförderung) zu liefern sind.

5. Die Zechen verpflichten sich, die Verträge anzuerkennen, die mit den Verkaufsvereinigungen für Nebenprodukte geschlossen worden; die Lieferungen sollen 10 Prozent der Zechen nicht überschreiten.

6. Die Lieferungen an die Eisenbahnen werden zwischen dieser und den Zechen unmittelbar vereinbart; wenn eine Verständigung nicht erzielt wird, soll der offizielle deutsche Preis abzüglich 6 Prozent gelten.

7. Vom 1. April ab wird ein Nachlass von 4/5 auf den Betrag der Gebühren für Zu- und Ablaufgenehmigungen gewährt werden für die metallurgischen Erzeugnisse, welche in den Werken der von der Sechserkommission vertretenen Konzerne hergestellt und aus dem besetzten Gebiet versandt werden. Für jeden einzelnen Konzern erhöhen sich die auf der Grundlage von 1922 festgesetzten Kontingente um 10 Prozent, wenn der Beschäftigungsgrad zwischen 100 und 110 Prozent des Jahres von 1922 beträgt, und 20 Prozent, wenn er zwischen 110 und 120 Prozent beträgt usw.

8. Falls zukünftige Ausfälle in den Reparationslieferungen infolge ungenügender Wagenstellung durch die Eisenbahnen oder infolge von ungenügender Vorlage von Schiffsraum durch die Nationalen Missionen eintreten, sollen die Rückstände ganz allmählich derart aufgeholt werden, daß im Laufe einer Woche der Prozentsatz der auszuführenden Lieferungen nicht über 35 Prozent der Gesamtmenge sinkt.

Wenn ferner im Laufe eines Monats die Zechen aus den gleichen Gründen nicht ihre Gesamtproduktion abfahren können, soll die zu liefernde Reparationsmenge für diesen Monat 30 Prozent des Versandes der Zechen nicht überschreiten.

9. Die Micum ist bereit, die Möglichkeit einer weiteren Ermäßigung der Eingangszölle für Zechenbedarf und die Einführung des Blocksystems für die von den Zechen nachgekauften Zulaufgenehmigungen entgegenkommend ins Auge zu fassen.

10. Aus den Vereinbarungen mit der Treuhandstelle des Holzhandels soll den Zechen für ihren Holzverbrauch keine Belastung erwachsen.

Internationale Rundschau.

Die Lage im britischen Bergbau.

Die britischen Bergleute haben bekanntlich das Angebot der Bergwerksbesitzer mit einer Mehrheit von ca. 10000 auf insgesamt 20000 abgegebenen Stimmen abgelehnt. Es wird wahrscheinlich zu einem Streik kommen, da die Bergwerksbesitzer die Forderungen nicht annehmen.

Ende Dezember erklärten die Unternehmer, sie könnten die Kartoffeln nicht zu dem ursprünglich bewilligten Preise abgeben und setzten den Preis kurz darauf auf 2,40 Pf. fest. Nach mühevollen Verhandlungen gelang es den Organisationsvertretern, den Preis bis auf 2 Pf. heranzuführen. Die bis dahin in Abzug gebrachten Stunden (die meisten Arbeiter hatten 20-30) auf verfallenden Stunden, was man sagen kann, entsprechend dem Stande des Dollars, während des Abzuges aufgerechnet und der daraus entstandene Betrag in Goldmark umgewandelt. So ist es gekommen, daß den Arbeitern mit den in Abzug gebrachten Stunden der Preis für 1-2 Zentner angerechnet wurde, während sie in Wirklichkeit 8-15 Zentner bezahlt haben. Denjenigen Arbeitern aber, die anfangs Kartoffeln den sogenannten Kartoffelverordnungen genominen haben, wurde die Berechnung umgekehrt aufgestellt. Die Mitarbeiter, die als Vorkauf erhalten haben, wurden an demselben Tage in Goldmark umgerechnet und erst im Dezember bezogen. Januar, als die Goldmark stabilisiert war, in Abzug gebracht. So kam es vor, daß Leute, die im September bezogen, Anfang Oktober 3-5 Milliarden Papiermark Vorkauf genominen haben, nach und nach 30-50 Goldmark vom Arbeitslohn abgezogen wurden. Kann man sich noch einen größeren Betrag vorstellen? Ist das nicht himmlisch?

Doch auch in anderen Fragen zeigen die Unternehmer, daß sie es verstehen, Vorteile zu ergattern. Die Werkwohnungen, die während der Inflationszeit gebaut wurden und die man nach heutiger Berechnung für eine Risse Zigaretten, dazu noch nicht einmal von der besten Sorte, hergestellt hat, sollen gewissermaßen der so vielgepriesenen „Wohlfahrt“ der Großindustriellen dienen. Wie sieht nun diese Wohlfahrtsleistung in Wirklichkeit aus?

Die Soshiga- und Costengrube hat den in ihren Häusern wohnenden Arbeitern im Februar bezogen. Man für zwei Zimmer und Küche Mietzins von 20-25 Pf., rückwirkend vom 1. Oktober 1923, festgesetzt. Angefaßt dessen magt man noch von Menschenliebe der Unternehmer zu reden. Man könnte glauben, daß die Weltgeschichte wirklich ihren Sinn verloren hat.

Zu den Betriebsrätemahlen auf Zechen Dessel.

Bei der am 2. März festgesetzten Betriebsrätemahl auf der Zechen Dessel erhielt der Bergarbeiterverband 663, die drei Unions 363, die Christlichen 130 Stimmen. Das Wahlergebnis zeigt, daß der Kern der Belegschaft trotz der unterschiedlichen Zugehörigkeit zum Bergarbeiterverband steht und ihm ihr Vertrauen entgegenbringt. Das ist dem gegenwärtigen brutalen Vorgehen des Unternehmerrings eine ungeheure Verärgerung in den Kameradenkreisen, besonders bei den im Tagesbetrieb Beschäftigten Platz gegriffen hat, ist wohl verständlich. Nur so war es möglich, daß die Unions ihre Stimmen von 713 im Jahre 1922 auf die heutige Zahl bringen konnten. Bei der Einrichtung der U- und R-Liste, die ein Sammelpunkt von Indifferenzen, Unorganisierten und Phantasten darstellt, entstanden dem Wahlvorstand erhebliche Schwierigkeiten. Der Wahlvorstand hat als einzige die erforderliche Anzahl Personen nicht zusammenbekommen und zeigte die Liste zu spät ein, so daß die Einreichungsfrist verstrichen war. Als vom Wahlvorstand darauf hingewiesen wurde, lobte er los: „50 Prozent der Belegschaft wählt unpolitisch! Ich selbst also erzieht, wenn wir wählen können!“ usw. Der Wahlvorstand bestoh nach Rücksprache mit den anderen Unionsführern trotz der Verzögerung die Liste anzufassen. Darauf erklärte H.: „Ich selbst im Recht gewesen, die Liste kam zu spät, ihr hättet sie zurücknehmen können.“ Jetzt stellte sich heraus, daß ein Teil der Unterschriften auf der Aufstimmungsliste gefälscht war. So darüber zur Rede gestellt, behauptete die Liste hielten eigenhändig unterschrieben; wenn sie das Gegenteil behaupten, seien es Feiglinge. Schriftproben der im Frage kommenden betreiben jedoch klar, daß H. die Unwahrheit sagte. H. meinte sich auch dagegen, daß seine Arbeit auf drei Drittel besetzt werden sollte, obwohl ihn der Steiger darauf aufmerksam machte, daß dadurch ein Feuer weniger eingestrichelt werden könnte. Kameraden, seht euch die gewählten Unions an! Wer diese Leute sieht und ihre Einstellung kennt, weiß nicht, was er mehr bemitleiden soll: die Unionsführer oder die Wähler solcher Witzbälle. Auf der Zechen Dessel haben stets alte, bewährte Verbandskameraden die Führung gehabt und die Belegschaft ist gut dabei gewesen.

Drei Unions sind entstanden: die Vorkaufener, die Essener und die Bochumer. Welche ist die richtige? Jede behauptet, wir sind die Auserwählten, alle anderen sind Verräter. Die Unionsführer beschuldigen sich gegenseitig der Unterschlagung, einer Behauptung vom anderen, er habe die Gelder der Union mit köstlichen Weibern durchgebracht. Die Führer der Union verhindern durch ihre Tätigkeit seit langer Zeit, daß die Einheitsfront gegen die Unternehmerrings geschlossen werden kann. Sie kämpfen gegen die Gemeindefürer, brüchigen unsere alten verdienten Führer zur Freude des Unternehmerrings und stärken damit dessen Positionen.

Schmarober.

Zeitgemäße Betrachtungen eines organisierten Bergarbeiters.

Die Familie der Schmarober ist sehr mannigfaltig und über den ganzen Erdball verbreitet. Die Schmarober — man nennt sie auch Parasiten — stellen sich dar, die an oder in anderen Körpern leben und sich auf deren Kosten ernähren. Den für die menschliche Gesellschaft am schädlichsten auftretenden Schmarober finden wir unter den Menschen selbst. Es ist der bekannte Typ des unorganisierten. Dieser unangenehme Vertreter der Schmaroberfamilie ist leicht zu erkennen an seiner außergewöhnlich großen Mundweite, der besonders ausgeprägten persönlichen Freiheit und seiner alle Vorstellungen weit übersteigenden Selbstlosigkeit. Die Mundweite macht sich bemerkbar, wenn es gilt, auf die Organisation und deren Vertreter zu schimpfen. Die Freiheit misst sich um in eine geradezu widerwärtige Prieserei gegenüber dem Unternehmer und dessen ausführenden Organen. In der weitestgehendsten Denkfähigkeit bei Behandlung besonders wichtiger Wirtschaftsprobleme und ähnlicher Fragen zeigt sich die chronische Selbstlosigkeit. Die Sattung dieses Schmarobertyps ist sehr weit verbreitet und oft auch noch schamlos genug, die widerwärtige Schmaroberzeitung der aller Welt zu zeigen. An allen Vorteilen, die von den organisierten Arbeitern unter großen persönlichen und materiellen Opfern erkämpft wurden, nehmen diese Schmaroberkassen Anteil.

Am tranken Leib, der durch die Krisenperiode geschwächten Arbeiter, haben diese Schmarober ein großes und für das Proletariat schmerzhaftes Geschäft. Sie sind die Schmarober der Gegenwart, so muß sie erst von der Plage dieses widerwärtigen Schmarobertums befreit werden. Bei jeder Gelegenheit muß diesen Schädlingen zu Leibe gegangen werden. Während Möglichkeiten bieten sich dem ernsthaft am Aufbau der Arbeiterorganisationen mitwirkenden Kameraden.

Erst wenn das widerwärtige Schmarobertum ausgerodet ist, vermag die Organisationsarbeit der deutschen Arbeiterbewegung wieder zu gedeihen. Kameraden, legt Hand an, ihr habt noch viel zu tun!

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 17. Woche (vom 20. bis 26. April) fällig. Wir bitten die Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Das Mitglied Anton Kibel (S.-Nr. 1196220), Zahlstelle Genkamb, ist auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts und wegen Verstoß gegen den Beschluß der Obergerichtsversammlung aus dem Verbands ausgeschlossen.

Datela. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden Ewald Datela, P-Str. 3.

Bücherevision

Datela. Vom 1. bis 15. Mai.

Krankengeldauszahlung.

Zugewandert II. Jeden zweiten Sonntag im Monat von 9 bis 11 Uhr beim Kassierer Datela, P-Str. 3.

Datela. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat vorm. 10 Uhr beim Kassierer Wilhelm Kasper, P-Str. 18.

Offen-Gewerkschaft. Einer von den Gründern unserer Zahlstelle, der Kamerad Kersch, ist gestorben. Für den Verband war er bis zu seinem Tode ein unermüdetler Kämpfer und Kämpfer. Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Quittung. Die ausgefertigten Kameraden der Belegschaft zu Nürnberg dürfen der Belegschaft für die Sammlungen im Betrag von 2000 Pf. zu dem Kameraden Ewald Datela, P-Str. 3.

Bergarbeiter aufgewacht!

20 Wareneinkäufe des Konsumvereins „Wohlfahrt“ Bochum bei maßgebenden Privatgeschäften.

Die Leistungsfähigkeit des Konsumvereins „Wohlfahrt“ wird durch gewisse Händler bei unseren Mitgliedern herabzusetzen versucht. Die Geschäftsleitung hat, um der Wahrheit auf den Grund zu gehen, in

20 maßgebenden Geschäften Einkäufe gemacht und kam bei der Gegenüberstellung der Preise der gleichen Artikel aus der Genossenschaft zu folgenden Resultaten:

Es kostete:		in Bochum	
17 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 6,29	
17 (die gleichen) bei Lindenbaum	6,70	mehr RM. 0,41 = 6,5 Prozent
17 " " " " " " " "	6,76	" " " " " " " " " " " "
17 " " " " " " " "	8,07	" " " " " " " " " " " "
		in Langendreer	
18 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 12,16	
18 (die gleichen) beim Kölner Konsum	12,89	mehr RM. 0,23 = 2 Prozent
		in Witten	
19 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 14,11	
19 (die gleichen) beim Kölner Konsum	14,30	mehr RM. 0,19 = 1,38 Prozent
		in Heven	
14 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 7,89	
14 (die gleichen) bei Striebeck	8,-	mehr RM. 0,31 = 4 Prozent
		in Herne	
20 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 8,27	
20 (die gleichen) bei Herne Butterhaus	9,58	mehr RM. 1,31 = 14 Prozent
20 " " " " " " " "	9,46	" " " " " " " " " " " "
18 Artikel bei der Wohlfahrt	6,10	
18 (die gleichen) bei Romann	7,10	" " " " " " " " " " " "
		in Erkerschwick	
61 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 17,22	
61 (die gleichen) bei Hill	18,22	mehr RM. 1,- = 5,7 Prozent
		in Recklinghausen	
19 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 7,03	
19 (die gleichen) bei Mes	9,10	mehr RM. 1,07 = 15 "
18 Artikel bei der Wohlfahrt	7,31	
18 (die gleichen) bei Butterhöbusch	7,92	" " " " " " " " " " " "
15 Artikel bei der Wohlfahrt	4,31	
15 (die gleichen) bei Althoff	4,79	" " " " " " " " " " " "
		in Marl	
20 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 8,03	
20 (die gleichen) bei Moland	8,68	mehr RM. 0,65 = 8 Prozent
18 Artikel bei der Wohlfahrt	6,51	
18 (die gleichen) bei Hill	7,54	" " " " " " " " " " " "
19 Artikel bei der Wohlfahrt	7,62	
19 (die gleichen) bei Albring	8,36	" " " " " " " " " " " "
		in Hattingen	
15 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 12,17	
15 (die gleichen) bei Kalzbach	12,85	mehr RM. 0,68 = 5,5 Prozent
15 " " " " " " " "	12,40	" " " " " " " " " " " "
		in Sprockhövel	
17 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 7,74	
17 (die gleichen) bei Strade	8,51	mehr RM. 0,77 = 10 Prozent
		in Röhlinghausen	
19 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 6,61	
19 (die gleichen) bei Mes	7,44	mehr RM. 0,83 = 12 Prozent
20 Artikel bei der Wohlfahrt	7,61	
20 (die gleichen) bei Stratmann	8,70	" " " " " " " " " " " "
17 Artikel bei der Wohlfahrt	5,66	
17 (die gleichen) bei Reihlein	6,50	" " " " " " " " " " " "
		in Steele	
19 Artikel bei der Wohlfahrt	RM. 5,55	
19 (die gleichen) bei Mes	6,57	mehr RM. 1,02 = 18 Prozent
18 Artikel bei der Wohlfahrt	5,43	
18 (die gleichen) bei Dornbusch	7,01	" " " " " " " " " " " "
18 Artikel bei der Wohlfahrt	5,47	
18 (die gleichen) E. Hamburger Importhaus	5,89	" " " " " " " " " " " "

Bei allen Einkäufen im gesamten Bezirk zeigte sich, dass der Konsumverein „Wohlfahrt“ um 10,90 Prozent billiger ist als diejenigen Händler, bei denen die Einkäufe gemacht wurden. Dazu kommen noch die 4 Prozent Rückvergütung, die ab 1. Januar 1924 wieder festgesetzt worden ist.

Jede Bergarbeiterfamilie werde Mitglied im Konsumverein. Jedes Mitglied deckt seinen gesamten Bedarf am vorteilhaftesten im Konsumverein „Wohlfahrt“ e. G. m. b. H. Bochum. Der Vorstand.

Probieren Sie sofort

meinen neuesten Schlager für Pfeifenraucher

„Taspa-Rost“

— Tabaksparr-Rost für den Pfeifenkopf —

den einfachsten, besten und beliebtesten

Tabaksparrer und Trockenraucher

Patentamtlich geschützt und glänzend empfohlen

— Unentbehrlich für jeden Pfeifenraucher! —

Kein Papier! Reiner Tabakgenuss! Sauberes Rauchen!

Gröste Tabakersparnis, da der Tabak infolge des besseren

Zuges vollständig zu Asche verbrennt, ohne feuchte Tabak-

rückstände zu hinterlassen.

Kein Verstopfen der Pfeife! Passt in jede Art Pfeife!

Einzelverkaufspreis: 15 „ für ein Päckchen mit 5 Stück

„Taspa-Rost“, ausreichend für Hunderte von Pfeifen, in

wirkungsvollem Umschlag nebst genauer Gebrauchsanw.

Verlangen Sie bei Ihrem Einkauf an Tabak auch den Tabaksparrer

„Taspa-Rost“.

Alleinfabrikant:

F. A. Hübner, Hannover-Bremerode 21.



Die echte Qualität markieren. Fragen Sie Ihren Nachbarin!

Waltherius Hionfong
Die echten extraktreichen (Doppel) erhalten Sie zu Friedenspreisen in fast allen Apotheken und Drogenen, wo nicht beim Hersteller Laboratorium E. Walther, Halle a. S., Mühlweg 20

Die beste Form

der Gemeinwirtschaft finden die Verbraucher in der Konsumgenossenschaft. Pflicht eines jeden Bergarbeiters ist es, sich auch genossenschaftlich zu betätigen.

Für das linksrheinische Braunkohlenggebiet kommt in Frage die

Rheinisch-Bergische Konsum-

Genossenschaft „Hoffnung“ e. G.

Lebensmittel aller Art. Schuhe, Kleider, Wäsche

Eigene Großbäckerei und Konditorei

Eigene Fleischeri

Zentralen bezw. Filiallager

in Köln - Falk, Ohligis, Bonn,

Knappack, Koblenz.

Otto Hue, sein Leben und Wirken

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die Buchhandlung

H. Hansmann & Co.,

Bochum, Wismelhauser Str. 42.

Korbmachervereinigung.

Schney u. Umgegend G.m.b.H.

Schney (Bayern)

Band- u. Walchkörbe

Reile- u. Tragkörbe

Korbmöbel

aus Weide und Paddigrohr.

Zu haben in den Verteilungs-

stellen vieler Konsumvereine.

Arbeitshofen

Manchester (oliv) . . . 12,- Mark
Tuchleder (schwarz) 9,- „
Pilot 8,- „

Liefert in nur erstklassigen Qualitäten unter Verwendung bester Futterzutaten

W. Bühner, Kleiderfabrik
Niederoderwig (Amtsh. Zittau)

NB Ein Versuch führt zu dauernder Verbindung.
Bundweite und Schriftgröße als Maßgabe erbeten.

Wolff & Comp., Ruffinstraße
Killingenthaler Sa. Nr. 687
Aufträge von 10 Mk. an portofrei.

Betten

(sch. schlichte) 200 cm. Breite 11/2
schöne, großes Oberbett, Unterbett u.
1 Kissen, mit 14 Bund grauen Federen
gefüllt) à Gebett 38,50 Gm. Daselbe
Gebett mit 2 Kissen und 16 Bund
partwischer Federen gefüllt 65,- Gm.,
daselbe in castr. schlichte Damen-
tücher 65 Gm.

Bettfedern

(graue Federen) per Stb. 1,10 Gm.,
halboche Federen, hart und weich, 1,50
Gm., graue Schleiße Federen 2,25 Gm.,
graue und weiße Halbbaunen, graue
und weiße Decken. Größtes Lager,
billigste Preise. Muster u. Katalog
frei. Nicht gefüllt, Geld zurück.
Bettfedern-Großhandlung, Bettens-
fabrik und Versand Th. Strauß, St.
Lager 208.

Zur Aufzucht junger Kanarienvögel

Sommerjaat

Mark „Ansgar“
aus „Raub- u. Seidert-
frei, hochwertig, leicht. Forts
und Verpackung 450 Gm. Daselbe
Preisliste über alle Arten Vogel-
futter für Krähen- und Gänse, Enten-
und Gänsefütter und Jungvögeln
kostenlos zu Diensten.

Samenhaus E. G. Kohl,
Frankfurt (Main) C., geg. 1779

Zigarettenfabrik

Aronoff & Cords
Hamburg, Spaldingstr. 210
anbietet ihre rein orientalischen
Zigaretten:

Millionendies Gold ohne Mandel . . . 2,-
Banderole . . . 2,-
Türk Memphis ohne Mandelstück
Banderole . . . 2,-
Cordiana Gold . . . 3,-
Superior Gold . . . 4,-
Banderole . . . 4,-
Für Wiederverkäufer hohe Rabatte

LUHNS das sind die guten Seifen,
wonach wir immer wieder greifen!
Am roten Band wird LUHNS*) erkannt!

*) Seit über 30 Jahren im Kohlenrevier bekannte und beliebte, solide Sonder-Erzeugnisse: LUHNS
Wasch-Extrakt mit rotem Band, LUHNS Salmiak-Terpentin-Kernseife mit rotem Kreuzband, LUHNS-
Seife mit dem alten Bergmann, LUHNS Bismutseife „Abrador“ (Bismut die Hand mit Abrador)
zur schnellen, gründlichen, schonenden Reinigung der Arbeitshand, ferner die neue, besonders empfehlens-
werte ALCO, die feine Rasier-Steife der Seifenfabrik Aug. Luhn & Co. in Barmen-R.
LUHNS Seifenfabrikate sind wieder in den altbekanntesten Läden zu haben.

Höhere Löhne

sind heute schwer zu erreichen. Umso mehr muß jeder Bergarbeiter darauf bedacht sein, die Kaufkraft seines Einkommens zu erhöhen, indem er sich einer großen, leistungsfähigen Konsumgenossenschaft anschließt.

In Rheinland und Westfalen bestehen seit mehr als zwanzig Jahren Konsumgenossenschaften, die sich zu achtunggebietenden Verbraucher-Organisationen entwickelt haben. Diese verfügen bereits über:

Große Betriebszentralen

Modern eingerichtete Dampfbäckereien, Mühlen, Fleischereien, Räuchereien, Röstereien
Weinkellereien, Warenhäuser usw.

Für die einzelnen bergbaulichen Bezirke kommen besonders in Betracht:

Konsumverein »Eintracht«, Essen:

90 000 Mitglieder 160 Verteilungsstellen

Konsumverein »Wohlfahrt«, Bochum:

42 000 Mitglieder 90 Verteilungsstellen

Konsum- und Sparverein Dortmund-Hamm, Dortmund:

50 000 Mitglieder 105 Verteilungsstellen

Rhein.-Berg. Konsumgenossenschaft »Hoffnung«, Köln:

80 000 Mitglieder 165 Verteilungsstellen

Konsumgenossenschaft »Vorwärts«, Barmen:

33 000 Mitglieder 65 Verteilungsstellen